

Art. 2. De minimale subquota betreffende de tandheelkunde die van toepassing zijn op het einde van het academiejaar 2023-2024 zijn de volgende, ten opzichte van de getuigschriften uitgereikt door de internuniversitaire examencommissie bedoeld in artikel 112/1 van het bovenvermelde decreet van 7 november 2013 :

1° orthodontie : 5 ;

2° parodontologie : 3.

Art. 3. De Minister bevoegd voor Hoger onderwijs, de erkenning en de contingentering van gezondheidszorgberoepen is belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, 21 februari 2024.

Voor de Regering:

De Minister-President, belast met Internationale Betrekkingen, Sport en Onderwijs voor sociale promotie,
P.-Y. JEHOLET

De Minister van Hoger Onderwijs, Wetenschappelijk Onderzoek, Universitaire ziekenhuizen,
Hulpverlening aan de Jeugd, Justitiehuisen, Jeugd en Promotie van Brussel,
F. BERTIEAUX

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/201295]

14. DEZEMBER 2023 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 2. Februar 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeiterlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer, Artikel 16, Artikel 18 § 2 und Artikel 24 § 1;

Aufgrund des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, Artikel 7, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016 und Artikel 8 §§ 1 und 2, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des ausführenden Zusammenarbeitsabkommens vom 6. Dezember 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Ausführung des Zusammenarbeitsabkommens vom 2. Februar 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeiterlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 28. September 2023;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 29. September 2023;

Aufgrund des in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 eingereichten Antrags auf Begutachtung beim Staatsrat innerhalb einer Frist von dreißig Tagen;

In Erwägung, dass der Antrag auf Begutachtung am 6. November 2023 unter der Nummer 74.821/4 in die Liste der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates eingetragen wurde;

Aufgrund der Entscheidung der Gesetzgebungsabteilung vom 8. November 2023, in Anwendung von Artikel 84 § 5 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 kein Gutachten abzugeben;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates vom 15. November 2023;

In Erwägung der Tatsache, dass neben der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates vorliegender Erlass einige Korrekturen an den Umsetzungsbestimmungen der Richtlinie 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer vornehmen soll;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Vorliegender Erlass dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/1883 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2021 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/50/EG des Rates.

Art. 2 - In Artikel 2 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, zuletzt abgeändert durch den Erlass vom 23. Mai 2019, wird folgende Nummer 37 eingefügt:

„37. Personen, die Inhaber einer durch einen anderen Mitgliedstaat ausgestellten und während der gesamten Dauer gültigen blauen Karte EU sind und die für eine Höchstdauer von 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen nach Belgien kommen zur Ausübung einer geschäftlichen Tätigkeit.“

Art. 3 - Artikel 3.3 Absätze 2 und 3 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2019, werden aufgehoben.

Art. 4 - Kapitel IV Abschnitt 1 Unterabschnitt 4 desselben Erlasses, der die Artikel 14 und 15 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 5 - In Artikel 18.2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird die Wortfolge "die in Artikel 61/25-2 § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 aufgeführten Dokumente bei" durch die Wortfolge "die der jeweiligen Kategorie entsprechenden im Gesetz vom 15. Dezember 1980 erwähnten Dokumente bei" ersetzt.

Art. 6 - In Artikel 18.3 Absatz 1 Nummer 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018 wird das Wort "oder" durch das Wort "und" ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 18.5 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter "einer" und "Übersetzung" das Wort "deutschen" eingefügt.

Art. 8 - In Artikel 18.6 Nummer 4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter "einer" und "Übersetzung" das Wort "deutschen" eingefügt.

Art. 9 - In Artikel 18.7 Nummer 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter "einer" und "Übersetzung" das Wort "deutschen" eingefügt.

Art. 10 - In Artikel 18.8 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter "einer" und "Übersetzung" das Wort "deutschen" eingefügt.

Art. 11 - In Artikel 18.10 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter "einer" und "Übersetzung" das Wort "deutschen" eingefügt.

Art. 12 - In Artikel 18.11 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird die Wortfolge "und alle" durch die Wortfolge "der alle" ersetzt.

Art. 13 - In Artikel 18.12 Nummer 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird zwischen die Wörter "einer" und "Übersetzung" das Wort "deutschen" eingefügt.

Art. 14 - Artikel 18.14 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird wie folgt ersetzt: "Art. 18.14 - § 1 - Dem in Artikel 18 Absatz 2 erwähnten Formular und den in Artikel 18.2 und 18.3 erwähnten Dokumenten fügt der Arbeitgeber folgende Dokumente bei, sollte es sich um in Artikel 9 Absatz 1 Nummer 4 erwähnte Arbeitnehmer handeln:

1. eine Kopie des datierten und durch beide Parteien unterschriebenen Arbeitsvertrags, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen in Titel I und III des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über Arbeitsverträge oder eine Kopie des verbindlichen Arbeitsplatzangebots für eine hochqualifizierte Tätigkeit für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten;

2. die Dokumente, die bescheinigen, dass der Betroffene über eine höhere berufliche Qualifikation verfügt. Dabei kann es sich um folgende Dokumente handeln:

a) entweder Dokumente, die höhere berufliche Fähigkeiten nachweisen;

b) oder eine Kopie des Diploms, welches bescheinigt, dass der Arbeitnehmer mindestens einen dreijährigen postsekundären Ausbildungszyklus bestanden hat an einer Lehranstalt für Hochschulunterricht, welche im Staat ihrer Niederlassung als solche anerkannt wurde. Das Diplom wird durch einen Übersetzer ins Deutsche übersetzt und die Kopie wird durch die zuständige diplomatische oder konsularische Vertretung legalisiert;

3. im Falle eines reglementierten Berufes den Nachweis, dass die geltenden Voraussetzungen für die Ausübung des reglementierten Berufs, der Gegenstand des Arbeitsvertrags oder des verbindlichen Arbeitsplatzangebots ist, erfüllt sind.

Handelt es sich um Arbeitnehmer, die bereits gemäß Artikel 9 Absatz 1 Nummer 6 beschäftigt wurden, sind die Absatz 1 Nummern 2 und 3 erwähnten Dokumente nicht einzureichen, insofern sie bereits für diese Beschäftigung geprüft wurden.

Unter höhere berufliche Fähigkeiten im Sinne von Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a) versteht man:

1. die berufliche Fähigkeit einer Führungskraft im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie oder eines Spezialisten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, die über eine mindestens dreijährige Berufserfahrung innerhalb der dem Antrag auf eine Blaue Karte EU vorausgegangenen sieben Jahren verfügen;

2. bei anderen Berufen, das Verfügen über mindestens fünf Jahre relevanter Berufserfahrung für den im Arbeitsvertrag oder verbindlichen Arbeitsplatzangebot genannten Beruf oder Beschäftigungsbereich.

Als Diplom gilt jedes von einer zuständigen Stelle ausgestellte Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstiger von ihr ausgestellter Befähigungsnachweis, welche nach erfolgreichem Abschluss eines Hochschulstudiums, d. h. einer Reihe von Lehrveranstaltungen in einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in dem betreffenden Staat erworben wurden, sofern die zu seinem Erwerb erforderlichen Studien mindestens drei Jahre gedauert haben.

§ 2 - Für die Inhaber einer Blauen Karte EU, die für eine Erlaubnis zum Zweck einer langfristigen Mobilität in Frage kommen, werden folgende Dokumente beigefügt:

1. die gültige vom ersten Mitgliedstaat ausgestellte Blaue Karte EU;

2. ein gültiger Arbeitsvertrag oder ein verbindliches Arbeitsplatzangebot für eine hochqualifizierte Beschäftigung für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten;

3. im Falle reglementierter Berufe die Nachweise dafür, dass die geltenden Voraussetzungen für die Ausübung des reglementierten Berufs, der Gegenstand des Arbeitsvertrags oder des verbindlichen Arbeitsplatzangebots ist, erfüllt sind;

4. im Falle nicht reglementierter Berufe, wenn der Inhaber einer Blauen Karte EU im ersten Mitgliedstaat weniger als zwei Jahre gearbeitet hat, den Nachweis über die höheren beruflichen Qualifikationen für die auszuübende Beschäftigung;

5. ein gültiges Reisedokument;

6. ein Nachweis für das Erreichen der gemäß Artikel 30.9 Absatz 1 Nummer 2 festgelegten Gehaltsschwelle."

Art. 15 - Artikel 18.37 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 7. Juni 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 wird das Wort "gefasst" durch die Wortfolge "gefasst und notifiziert" ersetzt;
2. § 2 wird aufgehoben;

3. in § 3 wird die Wortfolge "den Paragraphen 1 und 2 vorgesehenen Fristen" durch die Wortfolge "Paragraf 1 vorgesehenen Frist" ersetzt.

Art. 16 - In Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2019, wird folgender Artikel 30.2.1 eingefügt: "Art. 30.2.1 - Handelt es sich um einen Antrag auf Arbeitserlaubnis zum Zweck der Saisonarbeit:

1. wird der Beschluss über den Antrag spätestens 90 Tage nach der Notifizierung der Vollständigkeit des Antrags gefasst und notifiziert;

2. wird der Beschluss über den Antrag auf Arbeitserlaubnis spätestens 60 Tage nach der Notifizierung der Vollständigkeit des Antrags gefasst und notifiziert, wenn der Antrag einen Drittstaatsangehörigen betrifft, der im Laufe der vergangenen fünf Jahre mindestens einmal als Saisonarbeitnehmer auf dem belgischen Staatsgebiet zugelassen war und während seines Aufenthalts die für Saisonarbeitnehmer geltenden Bedingungen eingehalten hat;

3. wird der Beschluss über den Antrag auf Erneuerung oder Verlängerung spätestens 30 Tage nach der Notifizierung der Vollständigkeit des Antrags gefasst und notifiziert."

Art. 17 - Artikel 30.9 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt: "Art. 30.9 - Die Arbeitserlaubnis im Rahmen der Blauen Karte EU wird unter folgenden Bedingungen erteilt:

1. der Arbeitgeber hat mit dem ausländischen Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag für eine unbestimmte Dauer oder für mindestens ein Jahr abgeschlossen oder ist dieser im Besitz eines verbindlichen Arbeitsplatzangebots für eine hochqualifizierte Beschäftigung für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten;

2. der ausländische Arbeitnehmer erhält jährlich mindestens 130%

des durchschnittlichen Jahresbruttolohns, der dem Zwölfwachen des durchschnittlichen Monatslohns eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers in Belgien entspricht, der jährlich auf der Grundlage der Daten der Generaldirektion Statistik des Föderalen öffentlichen Dienstes Wirtschaft berechnet und von der zuständigen Behörde veröffentlicht wird;

3. der Arbeitnehmer verfügt über eine höhere berufliche Qualifikation für die auszuübende Beschäftigung gemäß Artikel 18.14 § 1 Absatz 3."

Art. 18 - In Kapitel VI Abschnitt 6 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2019, wird folgender Artikel 30.9.1 eingefügt: "Art. 30.9.1 - Wird in Abweichung von Artikel 3.3 im Falle eines Arbeitgeberwechsels während der ersten zwölf Monate der Blauen Karte EU ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen, teilt der neue Arbeitgeber dies der zuständigen Behörde mit und der neue Arbeitgeber reicht den in Artikel 30.9 Nummer 1 erwähnten Arbeitsvertrag ein. Die zuständige Behörde kann diesen Wechsel spätestens innerhalb von 30 Tagen gemäß Artikel 18.30 ablehnen.

In Abweichung von Artikel 3.3 wird nach Ablauf der ersten zwölf Monate Beschäftigung aufgrund einer Blauen Karte EU gemäß Artikel 30.9 ein Wechsel des Arbeitgebers oder jede bedeutende Änderung der Arbeitsbedingungen, die Folgen für die Gültigkeit der blauen Karte EU hat, den zuständigen Behörden mitgeteilt. In diesem Fall ist die Blaue Karte EU in Abweichung von Artikel 3 Absatz 2 für eine Beschäftigung bei jedem Arbeitgeber gültig, insofern die in Artikel 30.9 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Während seiner Arbeitslosigkeit darf der Inhaber einer Blauen Karte EU Beschäftigung suchen und aufnehmen. Der Inhaber einer Blauen Karte EU meldet den zuständigen Behörden den Beginn sowie gegebenenfalls das Ende der Arbeitslosigkeit."

Art. 19 - In Artikel 34 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 6. Februar 2003 und den Erlass der Regierung vom 23. Mai 2009, werden folgende Nummern 11 und 12 eingefügt:

"11. wenn das Unternehmen des Arbeitgebers hauptsächlich zu dem Zweck gegründet wurde oder betrieben wird, die Einreise von Drittstaatsangehörigen zu erleichtern;

12. wenn der Inhaber der Blauen Karte EU Arbeitslosenzeiten von mehr als drei Monaten kumuliert und die Blaue Karte EU weniger als zwei Jahre besitzt oder wenn der Inhaber der Blauen Karte EU Arbeitslosenzeiten von mehr als sechs Monaten kumuliert und die Blaue Karte EU mindestens zwei Jahre besitzt."

Art. 20 - Artikel 35 § 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 6. Februar 2003 und den Erlass vom 23. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird folgende Nummer 6 eingefügt:

"6. wenn der Inhaber der Blauen Karte EU Arbeitslosenzeiten von mehr als drei Monaten kumuliert und die Blaue Karte EU weniger als zwei Jahre besitzt oder wenn der Inhaber der Blauen Karte EU Arbeitslosenzeiten von mehr als sechs Monaten kumuliert und die Blaue Karte EU mindestens zwei Jahre besitzt."

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt :

"Zieht der Inhaber einer blauen Karte EU im Rahmen der langfristigen Mobilität in einen anderen Mitgliedstaat, wird die blaue Karte EU so lange nicht entzogen, bis der zweite Mitgliedstaat über den Antrag auf langfristige Mobilität entschieden hat, es sei denn der Entzug findet aus Gründen der öffentlichen Ordnung beziehungsweise der öffentlichen Sicherheit oder aufgrund von Absatz 1 Nummer 1 statt."

Art. 21 - In Artikel 36.1 Absatz 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass vom 23. Mai 2009, wird die Angabe "und 21" durch die Angabe "21 und 22" ersetzt.

Art. 22 - Artikel 37/1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der wallonischen Regierung vom 6. November 2014 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 7. Juni 2018 und vom 23. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird die Wortfolge "in den Artikeln 30.7 und 30.9" durch die Wortfolge "in Artikel 30.7" ersetzt;
2. in Absatz 2 Nummer 2 wird die Angabe "53.971 Euro" durch die Wortfolge "der in Artikel 30.7 Absatz 1 erwähnte Betrag" ersetzt.

Art. 23 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Art. 24 - Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 14. Dezember 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/201295]

14 DECEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu l'accord de coopération du 2 février 2018 entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers, l'article 16, l'article 18, § 2, et l'article 24, § 1^{er};

Vu la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, l'article 7, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016, et l'article 8, §§ 1^{er} et 2, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016;

Vu l'accord de coopération d'exécution du 6 décembre 2018 entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant exécution de l'accord de coopération du 2 février 2018 entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers;

Vu l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 28 septembre 2023;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 29 septembre 2023;

Vu la demande d'avis au Conseil d'État dans un délai de trente jours, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que la demande d'avis a été inscrite le 6 novembre 2023 au rôle de la section de législation du Conseil d'État sous le numéro 74.821/4;

Vu la décision de la section de législation du 8 novembre 2023 de ne pas donner d'avis dans le délai demandé, en application de l'article 84, § 5, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis du Conseil économique et social, donné le 15 novembre 2023;

Considérant qu'outre la transposition de la directive (UE) 2021/1883 du Parlement européen et du Conseil du 20 octobre 2021 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi hautement qualifié, et abrogeant la directive 2009/50/CE du Conseil, le présent arrêté vise à apporter quelques corrections aux dispositions transposant la directive 2014/36/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi en tant que travailleur saisonnier;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Le présent arrêté vise à transposer partiellement la directive (UE) 2021/1883 du Parlement européen et du Conseil du 20 octobre 2021 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi hautement qualifié, et abrogeant la directive 2009/50/CE du Conseil.

Art. 2. L'article 2, alinéa 1^{er}, de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, modifié en dernier lieu par l'arrêté du 23 mai 2019, est complété par un 37^o rédigé comme suit :

« 37^o les personnes qui sont titulaires d'une carte bleue européenne délivrée par un autre État membre et valide pendant toute la durée concernée et qui se rendent en Belgique aux fins d'exercer une activité professionnelle pour une durée maximale de nonante jours sur une période de cent quatre-vingts jours. »

Art. 3. Dans l'article 3/3 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 23 mai 2019, les alinéas 2 et 3 sont abrogés.

Art. 4. Dans le chapitre IV, section 1, du même arrêté, la sous-section 4, comportant les articles 14 et 15, est abrogée.

Art. 5. Dans l'article 18.2 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, les mots « les documents visés à l'article 61/25-2, § 1^{er}, alinéa 2, de la loi du 15 décembre 1980 » sont remplacés par les mots « les documents correspondant à la catégorie concernée, mentionnés dans la loi du 15 décembre 1980 ».

Art. 6. Dans l'article 18.3, alinéa 1^{er}, 2^o, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « ou » est remplacé par le mot « et ».

Art. 7. Dans l'article 18/5, 1^o, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « , le cas échéant ».

Art. 8. Dans l'article 18/6, 4^o, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « , le cas échéant ».

Art. 9. Dans l'article 18/7, 2^o, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « , le cas échéant ».

Art. 10. Dans l'article 18/8, 1^o, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « , le cas échéant ».

Art. 11. Dans l'article 18/10, 1^o, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « , le cas échéant ».

Art. 12. Dans l'article 18/11, 1^o, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, les mots « et contenant » sont remplacés par les mots « qui contient toutes ».

Art. 13. Dans l'article 18/12, 1^o, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, le mot « allemande » est inséré entre le mot « traduction » et les mots « , le cas échéant ».

Art. 14. L'article 18/14 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, est remplacé par ce qui suit : « Art. 18/14 - § 1^{er} - Au formulaire visé à l'article 18, alinéa 2, et aux documents visés aux articles 18.2 et 18.3, l'employeur joint les documents suivants s'il s'agit de travailleurs visés à l'article 9, alinéa 1^{er}, 4^o :

1^o une copie du contrat de travail conforme aux dispositions des titres I et III de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail, daté et signé par les deux parties, ou une copie de l'offre d'emploi ferme pour une activité hautement qualifiée d'une durée d'au moins six mois;

2^o les documents attestant que la personne concernée dispose de qualifications professionnelles élevées. Il peut s'agir des documents suivants :

a) soit des documents attestant de compétences professionnelles élevées;

b) soit une copie du diplôme du travailleur attestant la réussite d'au moins trois années d'études supérieures postsecondaires dispensées par un établissement d'enseignement supérieur reconnu comme tel par l'État où il est établi. Le diplôme est traduit vers l'allemand par un traducteur et la copie est légalisée par le poste diplomatique ou consulaire compétent;

3^o dans le cas d'une profession réglementée, la preuve que les conditions applicables à l'exercice de la profession réglementée faisant l'objet du contrat de travail ou de l'offre d'emploi ferme sont remplies.

S'il s'agit de travailleurs ayant déjà été occupés conformément à l'article 9, alinéa 1^{er}, 6^o, les documents visés à l'alinéa 1^{er}, 2^o et 3^o, ne doivent pas être soumis, dans la mesure où ils ont déjà été examinés pour cette occupation.

Par "compétences professionnelles élevées", au sens de l'alinéa 1^{er}, 2^o, a), il faut entendre :

1^o la compétence professionnelle d'un manager dans le domaine des technologies de l'information et de la communication ou d'un spécialiste dans ce même domaine ayant acquis une expérience professionnelle d'au moins trois ans au cours des sept années précédant la demande de carte bleue européenne;

2^o pour les autres professions, le fait de disposer d'une expérience professionnelle pertinente d'au moins cinq ans dans la profession ou le secteur mentionné dans le contrat de travail ou l'offre d'emploi ferme.

Est considéré comme diplôme tout diplôme, certificat ou autre titre de formation délivré par une autorité compétente et obtenu après avoir terminé avec fruit des études supérieures, à savoir une série de cours dans une école supérieure de l'État ou reconnue par lui dans l'État concerné, à condition que les études nécessaires à son obtention aient duré trois années au moins.

§ 2 - Pour les titulaires d'une carte bleue européenne susceptibles d'obtenir un permis de mobilité de longue durée, les documents suivants sont joints :

1^o la carte bleue européenne valide délivrée par le premier État membre;

2^o un contrat de travail valide ou une offre d'emploi ferme pour un emploi hautement qualifié d'une durée d'au moins six mois;

3^o dans le cas des professions réglementées, les preuves que les conditions applicables à l'exercice de la profession réglementée faisant l'objet du contrat de travail ou de l'offre d'emploi ferme sont remplies;

4^o dans le cas des professions non réglementées, si le titulaire d'une carte bleue européenne a travaillé moins de deux ans dans le premier État membre, la preuve de la possession des qualifications professionnelles élevées pour l'emploi à exercer;

5^o un document de voyage en cours de validité;

6^o une preuve que le seuil salarial fixé conformément à l'article 30.9, alinéa 1^{er}, 2^o, est atteint. »

Art. 15. A l'article 18.37 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 7 juin 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, le mot « prise » est remplacé par les mots « prise et notifiée »;

2^o le § 2 est abrogé;

3^o dans le § 3, les mots « des délais prévus aux paragraphes 1^{er} et 2 » sont remplacés par les mots « du délai prévu au paragraphe 1^{er} ».

Art. 16. Dans le chapitre VI du même arrêté, dans la section 4, insérée par l'arrêté du 23 mai 2019, il est inséré un article 30.2.1 rédigé comme suit : « Art. 30.2.1 - S'il s'agit d'une demande d'autorisation de travail aux fins d'un travail saisonnier :

1^o la décision relative à la demande est prise et notifiée au plus tard dans les nonante jours suivant la notification de la complétude de ladite demande;

2° la décision relative à la demande d'autorisation de travail est prise et notifiée au plus tard dans les soixante jours suivant la notification de la complétude de la demande, si la demande concerne un ressortissant d'un pays tiers ayant été autorisé au moins une fois à séjourner en tant que travailleur saisonnier sur le territoire belge au cours des cinq dernières années et ayant respecté, pendant son séjour, les conditions applicables aux travailleurs saisonniers;

3° la décision relative à la demande de renouvellement ou de prolongation est prise et notifiée au plus tard dans les trente jours suivant la notification de la complétude de ladite demande. »

Art. 17. L'article 30.9 du même arrêté, inséré par l'arrêté du 23 mai 2019, est remplacé par ce qui suit : « Art. 30.9 - L'autorisation de travail dans le cadre de la carte bleue européenne est octroyée aux conditions suivantes :

1° l'employeur a conclu, avec le travailleur étranger, un contrat de travail pour une durée indéterminée ou pour au moins un an ou ce dernier est en possession d'une offre d'emploi ferme pour un emploi hautement qualifié d'une durée d'au moins six mois;

2° le travailleur étranger perçoit annuellement au moins 130% du salaire annuel brut moyen correspondant à douze fois le salaire mensuel moyen d'un travailleur occupé à temps plein en Belgique, calculé annuellement sur la base des données de la Direction générale Statistique du Service public fédéral Économie et publié par l'autorité compétente;

3° le travailleur dispose de qualifications professionnelles élevées pour l'emploi à exercer conformément à l'article 18/14, § 1^{er}, alinéa 3. »

Art. 18. Dans le chapitre VI du même arrêté, dans la section 6, insérée par l'arrêté du 23 mai 2019, il est inséré un article 30.9.1 rédigé comme suit : « Art. 30.9.1 - Si, par dérogation à l'article 3/3 dans le cas d'un changement d'employeur au cours des douze premiers mois de la carte bleue européenne, un nouveau contrat de travail est conclu, le nouvel employeur en informe l'autorité compétente et soumet le contrat de travail visé à l'article 30.9, 1°. L'autorité compétente peut rejeter ce changement au plus tard dans les trente jours conformément à l'article 18/30.

Par dérogation à l'article 3/3, au terme des douze premiers mois d'occupation dans le cadre d'une carte bleue européenne conformément à l'article 30.9, tout changement d'employeur ou toute modification significative des conditions de travail ayant des conséquences sur la validité de la carte bleue européenne est notifié aux autorités compétentes. Dans ce cas, par dérogation à l'article 3, alinéa 2, la carte bleue européenne reste valide pour une occupation auprès de tout employeur, pour autant que les conditions mentionnées à l'article 30.9 soient remplies.

Pendant sa période de chômage, le titulaire d'une carte bleue européenne peut chercher et accepter un emploi. Le titulaire d'une carte bleue européenne informe les autorités compétentes du début et, le cas échéant, de la fin de la période de chômage. »

Art. 19. L'article 34 du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 6 février 2003 et l'arrêté du Gouvernement du 23 mai 2009, est complété par les 11° et 12° rédigés comme suit :

« 11° si l'entreprise de l'employeur a été créée ou opère dans le but principal de faciliter l'entrée de ressortissants de pays tiers;

12° si le titulaire de la carte bleue européenne cumule une période de chômage supérieure à trois mois et possède la carte bleue européenne depuis moins de deux ans ou si le titulaire de la carte bleue européenne cumule une période de chômage supérieure à six mois et possède la carte bleue européenne depuis au moins deux ans. »

Art. 20. Dans l'article 35, § 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté royal du 6 février 2003 et l'arrêté du 23 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° si le titulaire de la carte bleue européenne cumule une période de chômage supérieure à trois mois et possède la carte bleue européenne depuis moins de deux ans ou si le titulaire de la carte bleue européenne cumule une période de chômage supérieure à six mois et possède la carte bleue européenne depuis au moins deux ans. »;

2° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le titulaire d'une carte bleue européenne se rend dans un autre État membre dans le cadre d'une mobilité de longue durée, sa carte bleue européenne ne fait pas l'objet d'un retrait avant que le deuxième État membre n'ait statué sur la demande de mobilité de longue durée, à moins qu'il ne soit procédé au retrait pour des raisons d'ordre public ou, selon le cas, de sécurité publique ou sur la base de l'alinéa 1^{er}, 1°. »

Art. 21. Dans l'article 36.1, alinéa 1^{er}, du même arrêté, inséré par l'arrêté du 23 mai 2009, les mots « et 21° » sont remplacés par les mots « , 21° et 22° ».

Art. 22. A l'article 37/1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement wallon du 6 novembre 2014 et modifié par les arrêtés du Gouvernement des 7 juin 2018 et 23 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « aux articles 30.7 et 30.9 » sont remplacés par les mots « à l'article 30.7 »;

2° dans l'alinéa 2, 2°, les mots « 53 971 euros » sont remplacés par les mots « le montant mentionné à l'article 30.7, alinéa 1^{er} ».

Art. 23. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Art. 24. Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 14 décembre 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias,
I. WEYKMANS

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/201295]

14 DECEMBER 2023. — Besluit van de Regering tot wijziging van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende de uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het samenwerkingsakkoord van 2 februari 2018 tussen de Federale Staat, het Waals Gewest, het Vlaams Gewest, het Brussels Hoofdstedelijk Gewest en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de coördinatie tussen het beleid inzake de toelatingen tot arbeid en het beleid inzake de verblijfsvergunningen en inzake de normen betreffende de tewerkstelling en het verblijf van buitenlandse arbeidskrachten, artikel 16, artikel 18, § 2, en artikel 24, § 1;

Gelet op de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, artikel 7, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016, en artikel 8, §§ 1 en 2, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 april 2016;

Gelet op het uitvoerend samenwerkingsakkoord van 6 december 2018 tussen de Federale Staat, het Waals Gewest, het Vlaams Gewest, het Brussels Hoofdstedelijk Gewest en de Duitstalige Gemeenschap houdende uitvoering van het samenwerkingsakkoord van 2 februari 2018 tussen de Federale Staat, het Waals Gewest, het Vlaams Gewest, het Brussels Hoofdstedelijk Gewest en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de coördinatie tussen het beleid inzake de toelatingen tot arbeid en het beleid inzake de verblijfsvergunningen en inzake de normen betreffende de tewerkstelling en het verblijf van buitenlandse arbeidskrachten;

Gelet op het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende de uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 28 september 2023;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 29 september 2023;

Gelet op de adviesaanvraag aan de Raad van State binnen een termijn van dertig dagen, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende dat de adviesaanvraag is ingeschreven op 6 november 2023 op de rol van de afdeling Wetgeving van de Raad van State onder het nummer 74.821/4;

Gelet op de beslissing van de afdeling Wetgeving van 8 november 2023 om binnen de gevraagde termijn geen advies te verlenen, met toepassing van artikel 84, § 5, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het advies van de Sociaal-Economische Raad, gegeven op 15 november 2023;

Overwegende dat dit besluit strekt tot omzetting van de Richtlijn (EU) 2021/1883 van het Europees Parlement en de Raad van 20 oktober 2021 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op een hooggekwalificeerde baan, en tot intrekking van Richtlijn 2009/50/EG van de Raad, en daarnaast ook tot doel heeft enige correcties aan te brengen in de omzettingbepalingen van de Richtlijn 2014/36/EU van het Europees Parlement en de Raad van 26 februari 2014 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op tewerkstelling als seizoenarbeider;

Op de voordracht van de Minister van Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Dit besluit dient tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn (EU) 2021/1883 van het Europees Parlement en de Raad van 20 oktober 2021 betreffende de voorwaarden voor toegang en verblijf van onderdanen van derde landen met het oog op een hooggekwalificeerde baan, en tot intrekking van Richtlijn 2009/50/EG van de Raad.

Art. 2. Artikel 2, eerste lid, van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende de uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van 23 mei 2019, wordt aangevuld met een bepaling onder 37°, luidende:

“37° personen die houder zijn van een door een andere lidstaat afgegeven en voor de volledige duur geldige Europese blauwe kaart en die voor een maximumduur van 90 dagen binnen een periode van 180 dagen naar België komen om een werkactiviteit uit te oefenen.”

Art. 3. In artikel 3.3 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 23 mei 2019, worden het tweede en derde lid opgeheven.

Art. 4. In hoofdstuk IV, afdeling 1, van hetzelfde besluit wordt onderafdeling 4, die de artikelen 14 en 15 omvat, opgeheven.

Art. 5. In artikel 18.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, worden de woorden “de documenten vermeld in artikel 61/25-2, § 1, tweede lid, van de wet van 15 december 1980” vervangen door de woorden “de met de betrokken categorie overeenstemmende documenten vermeld in de wet van 15 december 1980”.

Art. 6. In artikel 18.3, eerste lid, 2°, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, wordt het woord “of” vervangen door het woord “en”.

Art. 7. In artikel 18.5, 1°, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, wordt het woord “vertaling” vervangen door de woorden “Duitse vertaling”.

Art. 8. In artikel 18.6, 4°, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, wordt het woord “vertaling” vervangen door de woorden “Duitse vertaling”.

Art. 9. In artikel 18.7, 2°, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, wordt het woord “vertaling” vervangen door de woorden “Duitse vertaling”.

Art. 10. In artikel 18.8, 1°, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, wordt het woord "vertaling" vervangen door de woorden "Duitse vertaling".

Art. 11. In artikel 18.10, 1°, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, wordt het woord "vertaling" vervangen door de woorden "Duitse vertaling".

Art. 12. (Geldt alleen voor de Duitse tekst.)

Art. 13. In artikel 18.12, 1°, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, wordt het woord "vertaling" vervangen door de woorden "Duitse vertaling".

Art. 14. Artikel 18.14 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, wordt vervangen als volgt: "Art. 18.14 - § 1 - Voor werknemers als vermeld in artikel 9, eerste lid, 4°, voegt de werkgever, naast de documenten vermeld in de artikelen 18.2 en 18.3, de volgende documenten bij het formulier vermeld in artikel 18, tweede lid:

1° een kopie van de arbeidsovereenkomst conform de bepalingen van titel I en titel III van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten, gedagtekend en door beide partijen ondertekend, of een kopie van een bindend aanbod voor een hooggekwalificeerde baan, voor een periode van ten minste zes maanden;

2° de documenten waaruit blijkt dat betrokkene over een hogere beroepskwalificatie beschikt. Daarbij kan het gaan om volgende documenten:

a) ofwel documenten waaruit 'hogere beroepsvaardigheden' blijken;

b) ofwel een kopie van het diploma van de werknemer dat bevestigt dat hij geslaagd is voor een postsecundaire cyclus van minstens drie jaar hogere studies aan een instelling voor hoger onderwijs die in de Staat waar die instelling gevestigd is, als zodanig erkend is. Het diploma wordt door een vertaler in het Duits vertaald en de kopie wordt door de bevoegde diplomatieke of consulaire post gelegaliseerd;

3° in het geval van een gereguleerd beroep het bewijs dat voldaan is aan de geldende voorwaarden voor de uitoefening van het gereguleerde beroep dat in de arbeidsovereenkomst of het bindende baanaanbod is genoemd.

Als het gaat om een werknemer die reeds overeenkomstig artikel 9, eerste lid, 6°, tewerkgesteld is, hoeven de documenten vermeld in het eerste lid, 2° en 3°, niet te worden ingediend, voor zover ze al voor die tewerkstelling gecontroleerd zijn.

Onder 'hogere beroepsvaardigheden' in de zin van het eerste lid, 2°, a), wordt verstaan:

1° de beroepsvaardigheid van leidinggevenden of specialisten op het gebied van informatie- en communicatietechnologie die beschikken over minstens drie jaar beroepservaring, verworven binnen de zeven jaar vóór de aanvraag van een Europese blauwe kaart;

2° bij andere beroepen, het beschikken over minstens vijf jaar beroepservaring die relevant is voor het beroep of die in de arbeidsovereenkomst of het bindende baanaanbod is genoemd.

Als diploma worden beschouwd: alle diploma's, getuigschriften of andere opleidingstitels die uitgereikt zijn door een bevoegde instantie na het succesvol beëindigen van hogere studies, d.i. een geheel van lessen die zijn verstrekt door een instelling voor hoger onderwijs van of erkend door de betrokken Staat, op voorwaarde dat de studies die nodig zijn om het diploma te behalen, minstens drie jaar hebben geduurd.

§ 2 - Voor de houders van een Europese blauwe kaart die in aanmerking komen voor een toelating met het oog op langetermijnmobiliteit, worden de volgende documenten bijgevoegd:

1° de geldige Europese blauwe kaart die door de eerste lidstaat is afgegeven;

2° een geldige arbeidsovereenkomst of een bindend baanaanbod voor een hooggekwalificeerde baan, voor een periode van ten minste zes maanden;

3° in het geval van gereguleerde beroepen, het bewijs dat voldaan is aan de geldende voorwaarden voor de uitoefening van het gereguleerde beroep dat in de arbeidsovereenkomst of het bindende baanaanbod is genoemd;

4° in het geval van niet-gereguleerde beroepen, als de houder van een Europese blauwe kaart minder dan twee jaar in de eerste lidstaat heeft gewerkt, het bewijs van de hogere beroepsvaardigheden voor het uit te voeren werk;

5° een geldig reisdocument;

6° een bewijs dat voldaan is aan de overeenkomstig artikel 30.9, eerste lid, 2°, vastgestelde salarisdrempel."

Art. 15. In artikel 18.37 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 7 juni 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "genomen" vervangen door de woorden "genomen en ter kennis gebracht";

2° paragraaf 2 wordt opgeheven;

3° in paragraaf 3 worden de woorden "de termijnen bepaald in de paragrafen 1 en 2" vervangen door de woorden "de termijn bepaald in paragraaf 1".

Art. 16. In hoofdstuk VI van hetzelfde besluit wordt in afdeling 4, ingevoegd bij het besluit van 23 mei 2019, een artikel 30.2.1 ingevoegd, luidende: "Art. 30.2.1 - Als het gaat om een aanvraag om toelating tot arbeid met het oog op seizoenarbeid:

1° wordt de beslissing over de aanvraag uiterlijk negentig dagen na de kennisgeving van de volledigheid van de aanvraag genomen en ter kennis gebracht;

2° wordt de beslissing over de aanvraag om toelating tot arbeid uiterlijk zestig dagen na de kennisgeving van de volledigheid van de aanvraag genomen en ter kennis gebracht, als die aanvraag betrekking heeft op een onderdaan van een derde land die in de loop van de vorige vijf jaar minstens één keer als seizoenarbeider op het Belgische grondgebied toegelaten was en die tijdens zijn verblijf de voor seizoenarbeiders geldende voorwaarden heeft nageleefd;

3° wordt de beslissing over de aanvraag tot vernieuwing of verlenging uiterlijk dertig dagen na de kennisgeving van de volledigheid van de aanvraag genomen en ter kennis gebracht.”

Art. 17. Artikel 30.9 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 23 mei 2019, wordt vervangen als volgt: “Art. 30.9 - De toelating tot arbeid in het kader van de Europese blauwe kaart wordt toegekend als aan de volgende voorwaarden is voldaan:

1° de werkgever heeft met de buitenlandse werknemer een arbeidsovereenkomst gesloten van onbepaalde duur of voor minstens één jaar of laatstgenoemde is in het bezit van een bindend baanaanbod voor een hooggekwalificeerde baan voor een periode van ten minste zes maanden;

2° de buitenlandse werknemer ontvangt jaarlijks minstens 130% van het gemiddelde brutojaarsalaris dat overeenstemt met het twaalfvoud van het gemiddelde maandsalaris van een voltijdse werknemer in België dat jaarlijks op basis van de gegevens van de algemene directie Statistiek van de FOD Economie wordt berekend en door de bevoegde overheid wordt bekendgemaakt;

3° de werknemer beschikt over een hogere beroepskwalificatie voor het uit te voeren werk overeenkomstig artikel 18.14, § 1, derde lid.”

Art. 18. In hoofdstuk VI van hetzelfde besluit wordt in afdeling 6, ingevoegd bij het besluit van 23 mei 2019, een artikel 30.9.1 ingevoegd, luidende: “Art. 30.9.1 - Indien in afwijking van artikel 3.3 in geval van een verandering van werkgever tijdens de eerste twaalf maanden van de Europese blauwe kaart een nieuwe arbeidsovereenkomst wordt gesloten, deelt de nieuwe werkgever dit mee aan de bevoegde overheid en dient hij de in artikel 30.9, 1°, vermelde arbeidsovereenkomst in. De bevoegde overheid heeft maximaal dertig dagen de tijd om die verandering overeenkomstig artikel 18.30 te weigeren.

In afwijking van artikel 3.3 wordt, na afloop van de eerste twaalf maanden tewerkstelling op grond van een Europese blauwe kaart in de zin van artikel 30.9, een verandering van werkgever of elke belangrijke wijziging van de arbeidsvoorwaarden die gevolgen voor de geldigheid van de Europese blauwe kaart heeft, meegedeeld aan de bevoegde overheden. In dat geval is de Europese blauwe kaart in afwijking van artikel 3, tweede lid, geldig voor een tewerkstelling bij ongeacht welke werkgever, voor zover voldaan is aan de voorwaarden vermeld in artikel 30.9.”

Tijdens een periode van werkloosheid is het de houder van een Europese blauwe kaart toegestaan een baan te zoeken en aan te nemen. De houder van een Europese blauwe kaart deelt het begin en, waar passend, het einde van de periode van werkloosheid mee aan de bevoegde overheden.”

Art. 19. Artikel 34 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 6 februari 2003 en het besluit van de Regering van 23 mei 2009, wordt aangevuld met de bepalingen onder 11° en 12°, luidende:

“11° de onderneming van de werkgever is opgericht of opereert met als voornaamste doel de toegang van onderdanen van derde landen te faciliteren;

“12° de gecumuleerde periode van werkloosheid van de houder van een Europese blauwe kaart meer dan drie maanden bedraagt en hij sinds minder dan twee jaar houder is van een Europese blauwe kaart of de gecumuleerde periode van werkloosheid van de houder van een Europese blauwe kaart meer dan zes maanden bedraagt en hij reeds ten minste twee jaar houder is van een Europese blauwe kaart.”

Art. 20. In artikel 35, § 2, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 6 februari 2003 en bij het besluit van 23 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

“6° de gecumuleerde periode van werkloosheid van de houder van een Europese blauwe kaart meer dan drie maanden bedraagt en hij sinds minder dan twee jaar houder is van een Europese blauwe kaart of de gecumuleerde periode van werkloosheid van de houder van een Europese blauwe kaart meer dan zes maanden bedraagt en hij reeds ten minste twee jaar houder is van een Europese blauwe kaart.”

2° de paragraaf wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“Wanneer de houder van een Europese blauwe kaart in het kader van de langetermijnmobiliteit naar een andere lidstaat verhuist, wordt de Europese blauwe kaart niet ingetrokken zolang de tweede lidstaat nog niet over de aanvraag voor langetermijnmobiliteit heeft beslist, tenzij de intrekking plaatsvindt op grond van de openbare orde of de openbare veiligheid of op grond van het eerste lid, 1°.”

Art. 21. In artikel 36.1, eerste lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van 23 mei 2009, worden de woorden “en 21°,” vervangen door de woorden “,21° en 22°,”.

Art. 22. In artikel 37/1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Waalse Regering van 6 november 2014 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 7 juni 2018 en 23 mei 2019, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

“1° in het eerste lid worden de woorden “in de artikelen 30.7 en 30.9” vervangen door de woorden “in artikel 30.7”;

2° in het tweede lid, 2°, worden de woorden “53.971 euro” vervangen door de woorden “het bedrag vermeld in artikel 30.7, eerste lid”.

Art. 23. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024.

Art. 24. De minister bevoegd voor Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 14 december 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,
I. WEYKMANS